

Nein zur Mehrwertsteuererhöhung am 27. September 2009

Kurzargumentarium der SVP Schweiz vom 24. März 2009 www.svp.ch

1. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Rezession

Im September 2008 erschütterte der Ausbruch der gefährlichen Finanzkrise die ganze Welt. Grösste amerikanische Banken stehen vor dem Abgrund oder sind schon untergegangen. Renommierete europäische Finanzinstitute brechen ein, die Schweizer Grossbanken verlieren enorm an Wert und müssen ihr Eigenkapital massiv erhöhen. Die UBS als grösste Schweizer Bank braucht Hilfe vom Bund. Doch die Auswirkungen der Finanzkrise haben auch auf die Realwirtschaft durchgeschlagen. In vielen Betrieben sind die Bestellungen im letzten Quartal 2008 um 25 bis 50 Prozent zurückgegangen, teilweise sind die Auftragsbücher gar vollkommen leer. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Jobangst dominieren die Schlagzeilen. Während noch im letzten September 95'980 Personen (2.4 %) arbeitslos waren, stieg diese Zahl innert nur weniger Monate auf 132'402 Personen (3.4 %) per Ende Februar 2009 an. Das SECO hat die Wachstumswahlen stark nach unten korrigiert und erwartet, dass die **Wirtschaft im Jahr 2009 um 2.2 Prozent schrumpft**. Dies ist mehr als doppelt so stark als noch im Dezember 2008 (damalige Prognose: -0.8%) vorausgesagt.

2. Bürger und Wirtschaft brauchen Entlastungen

In dieser Situation ist es wichtig, dass die Bürger und die Wirtschaft entlastet werden. Darum fordert die SVP eine Senkung der Mehrwertsteuer um 1 Prozent. Weiter fordert die SVP die Sistierung der Autoimportsteuer, die Auszahlung des Überschusses 2008 an die Bevölkerung, die Verkürzung der Zahlungsfristen von Aufträgen des Bundes, die Verlängerung der Zahlungsfristen für Steuern sowie den raschen Ausgleich der kalten Progression.

Am 27. September 2009 kommt nun die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV vors Volk. Zum heutigen Zeitpunkt ist jegliche zusätzliche Belastung von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger Gift für den Konsum und die Wirtschaft. Darum bekämpft die SVP diese Vorlage.

Um was geht es?

3. Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 Prozent (Vorlage 1)

Trotz der Tatsache, dass der Bürger und die Wirtschaft in der aktuellen Rezession dringend eine Entlastung nötig hätten, fordert der Bundesrat eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Jahre 2010 bis 2016 um proportional 0.4 Prozent für die IV. Dies bedeutet:

Der MwSt-Normalsatz wird	von 7.6 % auf 8.0 % erhöht.
Der MwSt-Satz für Beherbergungsdienstleistungen wird	von 3.6 % auf 3.8 % erhöht.
Der MwSt-Sondersatz wird	von 2.4 % auf 2.5 % erhöht.

Hierdurch werden den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen **jedes Jahr 1.2 Milliarden Franken zusätzliche Mittel** aus der Tasche gezogen.

Beispiel 1: Eine Tasse Kaffee, welche heute 3.80 Fr. kostet und dem Sondersatz der Mehrwertsteuer unterliegt, wird durch die Mehrwertsteuererhöhung knapp 4 Rappen teurer. Allerdings werden die Wirte die Preise nicht um 4 Rappen erhöhen, sondern um 10, oder gar auf den nächsten Franken aufschlagen. Dies bedeutet, dass die Bürger am Schluss 20 Rappen mehr für ihren Kaffee bezahlen, um die Missstände in der IV zu finanzieren.

Beispiel 2: Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer um proportional 0.4 Prozent bringt eine Steuererhöhung um 1.2 Milliarden Franken. Dies bedeutet, dass **pro Kopf im Durchschnitt jedes Jahr 160 Franken mehr Steuern** anfallen. Einer Familie mit vier Kindern fehlt also gerade jetzt in schwierigen Zeiten gegen 1'000 Franken im Portemonnaie.

4. Transfer von 5 Mrd. Fr. AHV-Renten (Vorlage 2)

Diese Teilvorlage sieht vor, für die IV einen eigenständigen Ausgleichsfonds zu schaffen. In diesen sollen 5 Milliarden Franken AHV-Rentenguthaben überwiesen werden. Die IV-Schuld soll entgegen früheren Plänen nicht gestrichen, sondern im AHV-Ausgleichsfonds belassen werden. Diese Schuld, die Ende 2009 rund 15 Milliarden Fr. betragen wird, muss zugunsten der AHV verzinst werden. Der Bund übernimmt für die Jahre 2010 bis 2016 den Zinsaufwand sowie die neu entstehenden Schulden für diese Jahre. Um die strukturelle Sanierung der IV teilweise herbeizuführen, wird der Bundesrat entgegen seinem Willen verpflichtet, bis Ende 2010 eine Botschaft für eine 6. IV-Revision vorzulegen, allerdings ist diese gemäss Gesetzestext nur „insbesondere“ durch eine „Senkung der Ausgaben“ zu sanieren.

5. Beide Vorlagen lösen die Probleme nicht und schaden der Schweiz

Die SVP lehnt die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 Prozent entschieden ab. Bei einer Ablehnung der Vorlage 1 wird aufgrund einer Verknüpfung auch Vorlage 2 hinfällig. Die höhere Mehrwertsteuer wird tiefe Einkommen und Familien überproportional stark belasten. **In der aktuellen Rezession müssen die Steuern zur Entlastung der Bevölkerung gesenkt, und dürfen keinesfalls erhöht werden. Die Steuererhöhung wird den Wirtschaftsstandort und jeden einzelnen Bürger schwächen.** Es wird suggeriert, mit Steuereinnahmen werden die Probleme der IV gelöst. Die Missstände in der IV bleiben aber die gleichen. Durch die höheren Steuereinnahmen werden lediglich die permanenten Defizite mit Steuergeld kaschiert. Die vorhandenen Schulden bleiben bestehen. Der Eindruck des Endes der Defizitwirtschaft aufgrund der Steuererhöhung wird einer abermaligen Ausweitung des massiven Missbrauchs Tür und Tor öffnen und den Sanierungsdruck von der IV nehmen, obwohl die IV nach wie vor ein Fass ohne Boden bleibt und eine Zusatzfinanzierung in der Vergangenheit nie erfolgreich war. Ausserdem bricht die Parlamentsmehrheit mit dieser Vorlage das Versprechen, dass die Goldreserven der Nationalbank nur für die AHV-Sanierung verwendet werden. Doch nicht nur das: weit schlimmer – rund die Hälfte des AHV-Guthabens, wird für die Sanierung des IV-Missbrauchs zweckentfremdet, um die IV-Schulden abzutragen (15 Milliarden) und den IV-Fonds (5 Milliarden) zu öffnen. Damit wird die AHV ausgehöhlt.

6. Die Gründe gegen die Mehrwertsteuererhöhung für die IV

- Die Bürger und Unternehmen dürfen in der aktuellen Rezession nicht zusätzlich belastet werden.
- Die SVP lehnt jede Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben ab
- Höhere Mehrwertsteuer bedeutet nächster Schritt Richtung EU.
- Die IV muss ausgabenseitig in Ordnung gebracht werden, bevor neue Mittel gesprochen werden. Daher ist umgehend die 6. Revision¹ einzuleiten.

¹ Die SVP hat ihr Konzept „6. IV-Revision anpacken - statt Zwangsabgaben erhöhen“ bereits am 18. Juni 2007 vorgelegt.